Kantonsrat St.Gallen 51.24.109

Interpellation SP-GRÜNE-GLP-Fraktion:

«Wie reagiert der Kanton St.Gallen auf die Sparmassnahmen des Bundes im regionalen Personenverkehr (RPV)?

Das nationale Nein zum Ausbau der Autobahnen ist ein klarer Auftrag an die Politik, das Problem der Verkehrsüberlastung anders zu lösen. In diesem Zusammenhang spielt der regionale Personenverkehr eine zentrale Rolle.

In einer ersten Stellungnahme zum Bericht der Expertengruppe (Ausgaben- und Subventions- überprüfung) hat aber der Bundesrat im September 2024 die ersten Eckwerte des Entlastungspakets für den Bundeshaushalt festgelegt. So hat er auch Massnahmen betreffend den öffentlichen Verkehr beschlossen. Hinsichtlich des regionalen Personenverkehrs (RPV) prüft der Bundesrat folgende Massnahmen:

- Streichung der F\u00f6rdergelder f\u00fcr alternative Antriebssysteme f\u00fcr Busse und Schiffe;
- Erhöhung des Kostendeckungsgrads im regionalen Personenverkehr;
- sofortige Aufhebung der Rückerstattung der Mineralölsteuer.

Mit diesen Massnahmen soll der Bundeshaushalt um 100 bis 180 Mio. Franken pro Jahr entlastet werden. Ausserdem hat er den Verpflichtungskredit für den regionalen Personenverkehr für die Jahre 2026 bis 2028 in die Vernehmlassung gegeben. Der Bundesrat plant für die Zeitperiode rund 3,5 Mrd. Franken bereitzustellen. Damit beträgt die Kreditsumme rund 350 Mio. Franken weniger als vom BAV als Abgeltungsbedarf ermittelt.

Alle diese Sparmassnahmen werden unweigerlich zu einem Leistungsabbau im Regionalverkehr führen. Dies betrifft den Kanton St.Gallen mit einer Kantonsbeteiligung von 52 Prozent besonders. Wenn der Fahrplan ausgedünnt wird, bestimmte Orte nicht mehr mit öffentlichen Verkehrsmitteln bedient würden oder der Umfang und die Kadenz von einzelnen Verbindungen reduziert würde, wird das Angebot unattraktiver. Es besteht die Gefahr, dass viele öV-Kund:innen gezwungenermassen wieder das Privatauto nutzen – der Anteil des Individualverkehrs würde ansteigen, dies wäre fatal – mit vielen Folgekosten für den Kanton.

Bereits erfolgte Erhöhungen der Tarife im öffentlichen Verkehr sind für die Betroffenen nicht nur schmerzhaft, sondern sorgen für eine Verschlechterung der Attraktivität des öV. Wenn Stände- und Nationalrat diesen Sparmassnahmen im regionalen Personenverkehr schlussendlich zustimmen, gefährden sie auch die langfristigen Planungen der Transportunternehmen infolge fehlender Planungssicherheit. So wird es unmöglich, das notwendige Rollmaterial rechtzeitig zu beschaffen und für die notwendige Sicherheit zu sorgen. Änderungen der finanziellen Rahmenbedingungen während der laufenden Finanzierungsperiode sind gefährlich für öV-Angebot und -Sicherheit. Zudem spielt der öffentliche Verkehr eine wichtige Rolle bei der Erreichung der Klimaziele. Daher wäre es dringend notwendig, dass anstelle solcher Sparmassnahmen mehr Investitionen getätigt werden.

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

- Hat sich die Regierung bereits mit den Sparvorschlägen des Bundesrats im RPV (Kostensenkung / Erhöhung KDG, Streichung Fördergelder für alternative Antriebssysteme, Kreditrahmen RPV 2026 bis 2028) auseinandergesetzt?
- 2. Gibt es allenfalls ein Konzept, wie mit den wegfallenden Bundesgeldern für den RPV umgegangen werden soll?
- 3. Falls nicht, welche Schritte gedenkt die Regierung in die Wege zu leiten, um sich auf allfällige Sparmassnahmen auf Bundesebene vorzubereiten?

- 4. Plant die Regierung konkrete Massnahmen, insbesondere was die finanzielle Förderung von Elektrobussen anbelangt?
- 5. Ist die Regierung bereit, beim Bund zu intervenieren, falls die öV-Versorgung im Kanton St.Gallen in Mitleidenschaft gezogen würde? In welcher Form könnte eine Intervention durch den Kanton St.Gallen erfolgen, z.B. über Verkehrsdirektorenkonferenz oder als Alarmsignal, wie es in anderen Kantonen verlangt wird als Protestnote an die Finanzund Geschäftsprüfungskommissionen der beiden Kammern sowie die eidgenössischen Räte als Ganzes?
- 6. Wie weit würde der Kanton mit eigenen Mitteln versuchen, das Angebot aufrechtzuerhalten?»

3. Dezember 2024

SP-GRÜNE-GLP-Fraktion